

18. Wahlperiode

PROTOKOLL

der öffentlichen Sitzung

des Verfassungsausschusses

Sitzungsdatum: 8. Juni 2006
Sitzungsort: Alte Post, Raum 122
Sitzungsdauer: 17:07 Uhr bis 17:37 Uhr
Vorsitz: Abg. Dr. A.W. Heinrich Langhein
Schriftführung: Abg. Farid Müller
Sachbearbeitung: Sabine Dinse

Tagesordnung:

1. Drs. 18/4339 Wahlrecht zur hamburgischen Bürgerschaft und zu den Bezirksversammlungen (CDU-Antrag)
- 2 Verschiedenes

Anwesende:

I. Ausschussmitglieder

Abg. Wolfgang Beuß (CDU-Fraktion)
Abg. Barbara Duden (SPD-Fraktion)
Abg. Dr. Manfred Jäger (CDU-Fraktion)
Abg. Rolf-Dieter Klooß (SPD-Fraktion)
Abg. Dr. A.W. Heinrich Langhein (CDU-Fraktion)
Abg. Farid Müller (GAL-Fraktion)
Abg. Erhard Pumm (SPD-Fraktion)
Abg. Frank-Thorsten Schira (CDU-Fraktion)
Abg. Viviane Spethmann (CDU-Fraktion)
Abg. Carola Veit (SPD-Fraktion)
Abg. Kai Voet van Vormizeele (CDU-Fraktion)

II. Ständige Vertreterinnen und Vertreter

Abg. Dr. Andreas Dressel (SPD-Fraktion)

III. Vertreter der Bürgerschaftskanzlei

Direktor Wagner
LRD Meyer

IV. Vertreterinnen und Vertreter der Öffentlichkeit

6 Personen

TOP 1

Der Vorsitzende kündigte an, dass in der heutigen Sitzung die Terminplanung für die Beratung der Drucksache 18/4339 erfolgen solle.

Die SPD-Abgeordneten führten aus, dass die Terminierung für die Sachverständigenanhörung am 21. oder 23. Juni 2006 schwierig sei, da am 21. Juni 2006 eine wichtige Fraktionsvorstandssitzung stattfindet und auch der 23. Juni terminlich blockiert sei. Man erbitte eine Verschiebung auf den 22. Juni 2006 mit einem Beginn um 19.00 Uhr. Dieser Termin sei in der Planung ein regulärer Termin für eine Verfassungsausschusssitzung. Auch hätte man bevorzugt die Sachverständigenanhörung vor der öffentlichen Anhörung durchgeführt. - Dem Termin des 16. Juni 2006 für die geplante öffentliche Anhörung sei dagegen zuzustimmen.

Eine einvernehmliche Terminplanung gestalte sich sehr schwierig, so die CDU-Abgeordneten, man halte im Übrigen die Reihenfolge einer öffentlichen Anhörung vor einer Sachverständigenanhörung für durchaus sinnvoll, da Fragen der Öffentlichkeit anschließend von den Sachverständigen aufgegriffen werden könnten. Der 22. Juni für die Sachverständigenanhörung sei deshalb schwierig, da an diesem Tag viele Kollegen der Bürgerschaft Eintrittskarten für ein in Hamburg stattfindendes Fußballweltmeisterspiel hätten. Man könne die Sachverständigenanhörung am 21. Juni um 18.00 Uhr beginnen lassen, um die Fraktionsvorstandssitzung zumindest weitestgehend zunächst stattfinden zu lassen.

Der Einwand der GAL-Abgeordneten lautete, dass die kurze Zeitspanne bis zur Sachverständigenanhörung die Schwierigkeit berge, geeignete Experten für die Sitzung zu gewinnen, bereits erfolgte Anfragen seien bisher abschlägig beschieden worden.

Der Vorsitzende nahm nach der kontroversen Beratung über die Terminierung der Sachverständigenanhörung eine Abstimmung über die Termine und Uhrzeiten vor.

Zunächst wurde der CDU-Vorschlag für eine öffentliche Anhörung gemäß § 59 Absatz 1 der Geschäftsordnung der Bürgerschaft am 16. Juni 2006 um 17.00 Uhr mehrheitlich mit den Stimmen der CDU-Abgeordneten angenommen.

Der CDU-Vorschlag für die Sachverständigenanhörung gemäß § 58 Absatz 2 der Geschäftsordnung der Bürgerschaft am 21. Juni 2006 wurde mehrheitlich mit den Stimmen der CDU-Abgeordneten und gegen die Stimmen der SPD- bei Enthaltung des GAL-Abgeordneten angenommen.

Der CDU-Vorschlag für den Beginn der Sachverständigenanhörung gemäß § 58 Absatz 2 der Geschäftsordnung der Bürgerschaft am 21. Juni 2006 um 18.00 Uhr wurde mehrheitlich mit den Stimmen der CDU-Abgeordneten und gegen die Stimmen der SPD- bei Enthaltung des GAL-Abgeordneten angenommen.

Der CDU-Vorschlag für die Auswertung und Beschlussfassung der Drucksache 18/4339 am 4. Juli 2006 wurde mehrheitlich mit den Stimmen der CDU-Abgeordneten angenommen

TOP 2

Die SPD-Abgeordneten wollten wissen, ob das Wortprotokoll der öffentlichen Anhörung vom 16. Juni 2006 den Ausschussabgeordneten rechtzeitig zur Sitzung am 21. Juni 2006 vorliegen könne. Die Bürgerschaftskanzlei sagte dieses zu.

Der Schriftführer wandte ein, dass es einer zeitlichen Abstimmung mit der Bürgerschaftskanzlei bedürfe, damit eine reibungslose Rückmeldung zur rechtzeitigen Freigabe des Protokolls erfolgen könne. Der Vorsitzende sagte zu, dass er eine rechtzeitige Freigabe des Protokolls ermöglichen werde. Man einigte sich zudem darauf, eine vorläufige Protokollversion parallel mit dem Versand an den Vorsitzenden und den Schriftführer an die Obleute weiterzuleiten.

gez.
Dr. A.W. Heinrich Langhein
(Vorsitzender)

gez.
Farid Müller
(Schriftführer)

gez.
Sabine Dinse